

11.03.2025

Versicherungsmathematisches Gutachten  
über die Verpflichtungen zur Zahlung von Sabbatzeitenleistungen

der  
Freie und Hansestadt Hamburg

nach den VV Bilanzierung vom 29.12.2014

zum Stichtag 31.12.2024

Freie und Hansestadt Hamburg  
11.03.2025

/ 2

## **I. Auftrag**

Die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) hat uns beauftragt, die Rückstellung zum Bilanzstichtag 31.12.2024 gemäß den Verwaltungsvorschriften Bilanzierung vom 29.12.2014 für die Verpflichtungen zur Zahlung von Sabbatzeitenleistungen zu ermitteln.

## **II. Leistungsgrundsätze und Unterlagen**

Zur Ermittlung des Verpflichtungsumfangs aufgrund von Sabbatzeitvereinbarungen stellte das Zentrum für Personaldienste Hamburg (ZPD) Angaben über die Sabbatzeitenarbeitsverhältnisse zur Verfügung.

Die Sabbatzeitenvereinbarungen haben im Regelfall eine Laufzeit von einem Jahr bis zehn Jahre und beinhalten eine Ansparphase mit unverminderter Arbeitszeit bei verminderten Bezügen, eine anschließende Freistellungsphase sowie, in einigen Fällen, eine anschließende Arbeitsphase analog der Ansparphase.

## **III. Berechnungsgrundsätze und Rechnungsgrundlagen**

### **a) Rückstellung gemäß Verwaltungsvorschriften Bilanzierung**

Gemäß Nummer 3.3.3.5.2 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 Absatz 1 Sätze 1 und 2, Satz 3 Nummern 3 und 4, Satz 4 sowie Absatz 2, § 77 Absätze 1 und 4 sowie § 79 Absätze 1 bis 3 LHO, Artikel 40 § 5 Absätze 3 bis 6 SNH-Gesetz (VV Bilanzierung) ist für den in der Ansparphase aufgebauten Erfüllungsrückstand eine Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten zu bilden.

Die Rückstellungen sind mit ihrem versicherungsmathematischen Barwert anzusetzen. Für die Abzinsung ist eine pauschale Restlaufzeit festzulegen, deren Höhe sich an der Dauer von Vereinbarungen über die Inanspruchnahme von Sabbatzeiten orientiert. Für die Berücksichtigung biometrischer Faktoren ist ein pauschaler Abschlag in Höhe von zwei Prozent vom Rückstellungsbetrag vorzunehmen.

../ 3

Freie und Hansestadt Hamburg  
11.03.2025

/ 3

Wurde eine zum Stichtag bereits in Anspruch genommene Freistellung noch nicht in der Ansparphase erdient, so ist die gegenüber dem Arbeitnehmer bestehende Forderung zu aktivieren. Gemäß Nummer 3.2.2.3.1 der VV Bilanzierung ist ab einer Wertgrenze von 5.000 EUR eine individuelle Risikoprüfung im Einzelfall vorzunehmen.

**b) Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge**

Für die durchzuführenden Berechnungen werden, sofern es sich um sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse handelt, folgende Arbeitgeberanteile an den Beitragssätzen zur Sozialversicherung berücksichtigt:

– Rentenversicherung	9,300 %
– Arbeitslosenversicherung	1,300 %
– Krankenversicherung	8,550 %
– Pflegeversicherung	1,800 %

Dabei wird die Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung in Höhe von monatlich 8.050,00 EUR und in der Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von monatlich 5.512,50 EUR berücksichtigt.

**c) Rechnungsgrundlagen**

Die Bewertungsannahmen wurden in Abstimmung mit der FHH entsprechend den Regelungen der Standards staatlicher Doppik bestimmt.

• Rechnungszins	1,50 %
• Einkommensdynamik	2,00 %
• BBG-Dynamik	2,00 %
• Biometrie	pauschaler Abschlag
• Fluktuation	keine
• Bewertungsverfahren	finanzmathematischer Barwert

../ 4

Freie und Hansestadt Hamburg  
11.03.2025

/ 4

Der Rechnungszinssatz wurde den von der Deutschen Bundesbank zum Stichtag 31.12.2024 ermittelten und veröffentlichten Zinsinformationen entnommen. Dabei wurde die mittlere Duration bestandsspezifisch ermittelt und als pauschale Restlaufzeit unterstellt. Diese Vorgehensweise ist aus Gründen der Bilanzstetigkeit in den folgenden Abschlüssen grundsätzlich beizubehalten.

Forderungen für die bereits ausgezahlten, aber noch nicht erdienten Leistungen wurden mit dem Nominalwert angesetzt. Um einer individuellen Risikoprüfung gerecht zu werden, wird ab einem Nominalwert von 5.000 EUR die Biometrie auf Basis der *HEUBECK-RICHTTAFELN 2018 G* berücksichtigt.

Freie und Hansestadt Hamburg  
11.03.2025

/ 5

#### IV. Berechnungsergebnisse

Für die hier vorliegenden Sabbatzeitverpflichtungen hat sich zum Bilanzstichtag 31.12.2024 folgende Rückstellungssumme ergeben:

– Rückstellung Sabbatzeitverpflichtungen	35.769.576 EUR
– Forderung für noch nicht erdiente Freistellungen	65.412 EUR

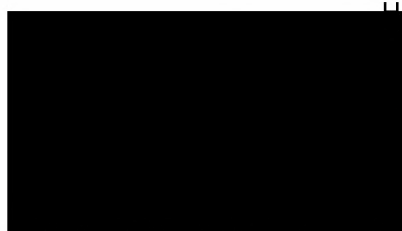
Für das zum Stichtag endende Geschäftsjahr ergeben sich folgende Aufwendungen bzw. Erträge aus den Vereinbarungen über die Inanspruchnahme von Sabbatzeiten:

– Personalaufwand / Sonstige betriebliche Erträge	1.472.941 EUR
– Zinsen und ähnliche Aufwendungen / Erträge	255.660 EUR
– Summe Aufwendungen für Sabbatzeitenverpflichtungen	1.728.601 EUR

Köln, den 11.03.2025

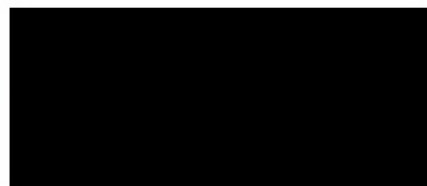
[Redacted]

Zahl der Anlagen: 1



Diplom-Wirtschaftsmathematiker  
Aktuar DAV/Sachverständiger IVS

HEUBECK AG



Wirtschaftsmathematiker (M. Sc.)

Freie und Hansestadt Hamburg  
11.03.2025

/ 6

**Hinweise zu diesem Dokument**

*Dieses Dokument wurde vom Auftragnehmer auf der Grundlage des vorstehend beschriebenen Auftrags und der genannten Unterlagen und Daten (nachfolgend: zugrunde gelegte Annahmen) angefertigt. Sofern die diesem Dokument zugrunde gelegten Annahmen unzutreffend sein oder sich diesbezüglich Änderungen ergeben sollten, kann sich dies auf das Ergebnis auswirken. Der Auftragnehmer übernimmt keine Haftung für evtl. entstehende Schäden auf Grund fehlerhaft oder unvollständig übermittelter Angaben durch den Auftraggeber.*

*Ohne gesonderten Auftrag ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, dieses Dokument auf Grund einer Änderung der zugrunde gelegten Annahmen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.*

*Dieses Dokument hat der Auftragnehmer ausschließlich für den Auftraggeber im Rahmen der mit diesem getätigten vertraglichen Vereinbarungen erstellt. Es ist mit Ausnahme der vertragsgemäßen Verwendung für Zwecke des Auftraggebers (beispielsweise Vorlage bei Abschlussprüfer oder Finanz- und Aufsichtsbehörde) nicht zur Weitergabe an Dritte bestimmt. Eine Verwendung des Dokuments gegenüber Dritten darf nicht ohne ausdrückliche Einwilligung des Auftragnehmers erfolgen; gleiches gilt auch für die Zurverfügungstellung in Auszügen. Das Dokument ist vertraulich zu behandeln und daher auch nicht als Entscheidungsgrundlage für Dritte gedacht. Sofern der Auftragnehmer nicht im Vorhinein Dritten gegenüber schriftlich etwas Abweichendes bestätigt hat, übernimmt der Auftragnehmer gegenüber Dritten keinerlei Verpflichtungen, Verantwortung oder Sorgfaltspflichten (keine Dritthaftung).*